

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 89 — 858

**16. NOVEMBER 1988.** — Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung des Zuschußsatzes und der Bedingungen, zu denen Gemeinden und Vereinigungen ohne Erwerbszweck Zuschüsse für den Ankauf, den Bau, Um- und Ausbau, die Einrichtung und die Ausrüstung von Sondereinrichtungen für Behinderte gewährt werden

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 27. Juni 1956 über den Fürsorgesonderfonds, wie es zuletzt durch den Königlichen Erlaß Nr. 81 vom 10. November 1967 abgeändert wurde;

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 81 vom 10. November 1967 zur Schaffung eines Fonds für die sozio-medizinisch-pädagogische Betreuung Behinderter;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. August 1967 bezüglich der Übernahme der Kosten durch den Fürsorgesonderfonds für den Unterhalt, die Behandlung und die Erziehung mittelloser Schwachsinniger gleich welchen Alters, deren Zustand die Einweisung in eine psychiatrische Klinik nicht erforderlich macht, wenn diese in ein Heim oder eine Sondereinrichtung aufgenommen werden, die als Internat betrieben werden und vom Minister für Volksgesundheit anerkannt sind;

Aufgrund des Einverständnisses des Vorsitzenden, zuständig für den Haushalt vom 16. November 1988;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 9. August 1980;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, daß dringend klare und einheitliche Richtlinien bei der Bezuschussung von Behinderteneinrichtungen vorgegeben werden müssen;

In der Erwägung, daß der Bedarf an Aufnahme- und Betreuungsmöglichkeiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft weder für minderjährige noch für volljährige Behinderte vollständig abgedeckt ist;

In der Erwägung, daß bestimmte Einrichtungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus Platzmangel nicht die Möglichkeit haben, innerhalb einer angemessenen Frist alle die Behinderten aufzunehmen, die angesichts ihrer Behinderung dort aufgenommen werden müßten;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Jugend, Erwachsenenbildung, Sport und Soziales,

Beschließt :

**Artikel 1.** Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Exekutive Gemeinden und Vereinigungen ohne Erwerbszweck Zuschüsse für den Ankauf von Immobilien sowie für den Bau, Um- und Ausbau, die Einrichtung und Ausrüstung der nachstehend genannten Einrichtungen gewähren :

Heime, Pflegeheime für Kurzaufenthalte, Internate, Halbinternate, Tagesstätten, die Behinderte aufnehmen, für deren Unterhalt der Fonds für die sozio-medizinisch-pädagogische Betreuung Behinderter oder der Fürsorgesonderfonds für den Unterhalt, die Behandlung und die Erziehung mittelloser Schwachsinniger aufkommen kann.

**Art. 2.** Für die in Artikel 1 erwähnten Einrichtungen gelten die Infrastrukturnormen, die in den nachstehend genannten Ausführungserlassen zum Königlichen Erlass Nr. 81 vom 10. November 1967 zu Schaffung eines Fonds für die sozio-medizinisch-pädagogische Betreuung Behinderter angegeben sind :

1. Der Königliche Erlaß vom 23. Dezember 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Anerkennung der Einrichtungen, Heime und Dienste für die Unterbringung der Behinderten in Familien.

2. Der Königliche Erlaß vom 25. Januar 1971 zur Festlegung der Bedingungen für die Anerkennung der Pflegeheime für Kurzaufenthalte.

3. Der Königliche Erlaß vom 2. Juli 1973 zur Festlegung der Bedingungen für die Anerkennung der Tagesstätten für volljährige nicht arbeitende Behinderte.

**Art. 3.** Die Höhe der Beteiligung beträgt 80 % der Kosten für die gemäß Artikel 1 in Betracht zu ziehenden Ankäufe, Arbeiten und Lieferungen.

Die Kosten sind jedoch in Abhängigkeit von der Einrichtung und der Anzahl Betten, beziehungsweise Behinderten durch folgende Höchstsätze begrenzt :

— 1 300 000 Franken pro Bett für die Internate, die minderjährige Behinderte aufnehmen der Kategorien 3, 4, 7, 10, 11 und 14, die in Art. 3 des Königlichen Erlasses Nr. 81 vom 10. November 1967 vorgesehen sind;

— 1 500 000 Franken pro Bett für die Internate, die minderjährige Behinderte aufnehmen der Kategorien 1, 2, 5, 6, 8, 9 und 12;

— 1 500 000 Franken pro Bett für Internate und Heime, die volljährige Behinderte aufnehmen der Kategorien 3, 4, 7, 10 und 11;

— 2 300 000 Franken pro Bett für Internate und Heime, die volljährige Behinderte aufnehmen der Kategorien 1, 2, 5, 6, 8, 9 und 12;

— 900 000 Franken pro Kind für die Halbinternate, die minderjährige Behinderte aufnehmen der Kategorien 3, 4, 7, 10, 11 und 14;

— 1 200 000 Franken pro Kind für die Halbinternate, die minderjährige Behinderte aufnehmen der Kategorien 1, 2, 5, 6, 8, 9 und 12;

— 1 200 000 Franken pro Behinderter für die Halbinternate (Tagesstätten), die volljährige Behinderte aufnehmen der Kategorie 13;

— 1 300 000 Franken pro Bett für Pflegeheime für Kurzaufenthalte, die minderjährige oder volljährige Behinderte der Kategorien 3, 4, 7, 10 und 11 und die minderjährige Behinderte der Kategorie 14 aufnehmen;

— 1 500 000 Franken pro Bett für Pflegeheime für Kurzaufenthalte, die minderjährige oder volljährige Behinderte der Kategorien 1, 2, 5, 6, 8, 9 und 12 aufnehmen.

Art. 4. Die Zuschüsse werden unter folgenden Bedingungen gewährt :

1. das Vorprojekt muß von der Exekutive genehmigt werden;
2. dem Antrag bezüglich des definitiven Projektes müssen alle nützlichen Unterlagen und Erläuterungen beigelegt werden und in jedem Falle :
  - eine Beschreibung der Arbeiten mit den dazugehörigen Plänen;
  - ein detaillierter Finanzierungsplan;
  - falls die in Artikel 3 beschriebenen Kosten über 1 000 000 F liegen, muß ein Lastenheft mit einer präzisen Kostenschätzung des Bauamtes der Gemeinde oder eines Architekten beigelegt werden. Bei der Auszahlung des Zuschusses muß das Protokoll über die Eröffnung der Angebote (mindestens drei Anbieter) eingereicht werden;
  - falls die in Artikel 3 beschriebenen Kosten zwischen 100 000 Franken und 1 Million Franken liegen, genügen drei Kostenvoranschläge. Für Arbeiten unter 100 000 Franken genügt ein Kostenvoranschlag;
  - gegebenenfalls eine Abschrift der Baugenehmigung;
  - der Eigentumsnachweis, beziehungsweise der Pachtvertrag mit dreißigjähriger Laufzeit ab Antragsstellung, wobei der Verpächter eine öffentliche Behörde sein muß;
  - die Einschätzung des Enehmers des Einregistrierungsamtes, beziehungsweise des Erwerbskomitees beim Ankauf von Immobilien;
  - der Brandschutzbericht;
  - für die Vereinigung ohne Erwerbzzweck eine Abschrift der im *Staatsblatt* veröffentlichten Statuten;
3. der Antragsteller muß sich verpflichten :
  - die Normen einzuhalten, die für Einrichtungen zur Beherbergung von Behinderten vorgeschrieben sind;
  - die Gebäude und ihre Ausstattung ununterbrochen zum vollen Wert gegen Brand, Blitz, Explosions- und Stromschäden zu versichern;
  - den Zweck, zu dem die Einrichtung bestimmt ist, nicht ohne vorherige Genehmigung des zuständigen Gemeinschaftsministers für Soziales zu ändern;
  - bei der Angebotseröffnung einen Beamten der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Beobachter zuzulassen;
  - den Zuschußbetrag, gegebenenfalls zuzüglich 80 % des erzielten Mehrwertes verhältnismäßig zu erstatten, falls das Gebäude binnen zwanzig Jahren nach der Zuschußerteilung zu einem anderen Zweck verwendet wird.

Art. 5. Werden für die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgehoben :

1. der Königliche Erlaß vom 4. Juni 1969 über die Beteiligung des Staates bei Subventionen zugunsten der untergeordneten Behörden, der gemeinnützigen Einrichtungen, der Vereinigungen ohne Erwerbzzweck für den Bau von Heimen für alleinstehende volljährige Behinderte, für die eigens zu diesem Zweck an den bereits bestehenden Einrichtungen vorzunehmenden Umbauarbeiten und für die Ausstattung und das Mobiliar, zuletzt abgeändert durch Königlichen Erlaß vom 15. April 1977;
2. der Königliche Erlaß vom 27. April 1971 zur Festlegung des Satzes und der Bedingungen, zu denen der Staat Zuschüsse für den Bau, die Einrichtung, die Vergrößerung, die Modernisierung und die Ausstattung von Sondereinrichtungen für geistig oder körperlich Behinderte gewährt, abgeändert durch Königlichen Erlaß vom 15. April 1977;
3. der Königliche Erlaß vom 3. Juni 1971 zur Festlegung des Satzes und der Bedingungen, zu denen der Staat Zuschüsse für den Bau, die Einrichtung, die Vergrößerung, die Modernisierung und die Ausstattung von Heimen für Kurzaufenthalte für geistig oder körperlich Behinderte gewährt;
4. der Königliche Erlaß vom 11. September 1974 über Staatszuschüsse für den Kauf und die Ausstattung bestehender Gebäude, die als Einrichtungen für Behinderte bestimmt sind, zuletzt abgeändert durch Königlichen Erlaß vom 3. März 1977;
5. der Ministerialerlaß vom 23. Januar 1976 zwecks Festlegung der Maximalkosten bei der Bezuschussung von Bau, Ausstattung und Ausrüstung der Pflegeheime für Kurzaufenthalte von geistig und körperlich Behinderten, abgeändert durch Ministerialerlaß vom 2. Juni 1977;
6. der Ministerialerlaß vom 23. Januar 1976 zwecks Festlegung der Maximalkosten pro Bett bei der Bezuschussung von Bau, Ausstattung und Ausrüstung von Heimen für volljährige Behinderte, abgeändert durch Ministerialerlaß vom 2. Juni 1977;
7. der Ministerialerlaß vom 23. Januar 1976 zwecks Festlegung der Maximalkosten pro Bett bei der Bezuschussung von Bau, Ausstattung und Ausrüstung von Sondereinrichtungen für geistig oder körperlich Behinderte, abgeändert durch Ministerialerlaß vom 2. Juni 1977;
8. der Ministerialerlaß vom 28. April 1971 zur Festlegung des maximalen Preises, der berücksichtigt wird bei Anwendung des Königlichen Erlasses vom 27. April 1971 zur Festlegung des Satzes und der Bedingungen, zu denen der Staat Zuschüsse für den Bau, die Einrichtung, die Vergrößerung, die Modernisierung und die Ausstattung von Sondereinrichtungen für geistig oder körperlich Behinderte gewährt, abgeändert durch Ministerialerlaß vom 15. Dezember 1972.

Art. 6. Vorliegender Erlaß tritt am 1. September 1988 in Kraft.

Art. 7. Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Erwachsenenbildung, Sport und Soziales ist mit der Ausführung des Erlasses beauftragt.

Eupen, den 16. November 1988.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Vorsitzende der Exekutive,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Erwachsenenbildung, Sport und Soziales,

M. GROSCH

## TRADUCTION

## COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 89 — 858

**16 NOVEMBRE 1988. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone déterminant le taux et les conditions d'octroi des subventions allouées aux communes et aux associations sans but lucratif pour l'achat, la construction, la transformation, l'agrandissement, l'aménagement et l'équipement d'établissements spéciaux pour handicapés**

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;

Vu la loi du 27 juin 1956 relative au Fonds spécial d'assistance, telle que modifiée en dernier lieu par l'arrêté royal n° 81 du 10 novembre 1967;

Vu l'arrêté royal n° 81 du 10 novembre 1967 créant un Fonds de soins médico-socio-pédagogiques pour handicapés;

Vu l'arrêté royal du 11 août 1967 relatif à la prise en charge par le Fonds spécial d'assistance des frais d'entretien, de traitement et d'éducation dans un home ou une institution spéciale fonctionnant sous régime d'internat, agréés par le Ministère de la Santé publique, des oligophrènes indigents, de tout âge, dont l'état ne nécessite pas l'admission dans une institution psychiatrique;

Vu l'accord du Président ayant le budget dans ses attributions, donné le 16 novembre 1988;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er modifié par la loi du 9 août 1980;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est urgent de fixer des directives claires et homogènes quant au subventionnement d'institutions pour handicapés;

Considérant que les besoins en possibilités d'accueil et de soins pour handicapés tant mineurs que majeurs, ne sont pas entièrement couverts en Communauté germanophone;

Considérant que certains établissements situés en Communauté germanophone se trouvent dans l'impossibilité, à défaut de place disponible, d'accueillir dans un délai raisonnable tous les handicapés qu'ils devraient pouvoir accepter eu égard à la nature de leur handicap;

Sur proposition du Ministre communautaire de la Jeunesse, de la Formation des Adultes, du Sport et des Affaires sociales;

Arrête :

**Article 1er.** Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, l'Exécutif peut octroyer des subsides aux communes et associations sans but lucratif pour l'achat d'immeubles ainsi que pour la construction, la transformation et l'agrandissement, l'aménagement et l'équipement des établissements visés ci-dessous :

des homes, des homes de court séjour, des internats, des semi-internats, des centres de jour accueillant des handicapés susceptibles d'être pris en charge par le Fonds de soins médico-socio-pédagogiques ou par le Fonds spécial d'assistance.

**Art. 2.** Les établissements visés à l'article 1er sont soumis aux normes d'infrastructure établies dans les arrêtés d'exécution de l'arrêté royal n° 81 du 10 novembre 1967 créant un Fonds de soins psycho-médico-sociaux pour handicapés, arrêtés énumérés ci-après :

1. l'arrêté royal du 23 décembre 1970 fixant les conditions d'agrément des établissements, des homes et des services de placements familiaux pour handicapés;
2. l'arrêté royal du 25 janvier 1971 fixant les conditions d'agrément des homes de séjour pour handicapés;
3. l'arrêté royal du 2 juillet 1973 fixant les conditions d'agrément des centres de jour pour handicapés majeurs non travailleurs.

**Art. 3.** Le taux d'intervention est fixé à 80 % du coût des achats, travaux et fournitures à prendre en considération conformément à l'article 1er.

En fonction de l'établissement et du nombre de lits ou de handicapés, le coût est cependant limité à :

- 1 300 000 francs par lit pour les internats destinés à des handicapés mineurs des catégories 3, 4, 7, 10, 11 et 14 prévus à l'article 3 de l'arrêté royal n° 81 du 10 novembre 1967;
- 1 500 000 francs par lit pour les internats destinés à des handicapés mineurs des catégories 1, 2, 5, 6, 8, 9 et 12;
- 1 500 000 francs par lit pour les internats et homes destinés à des handicapés majeurs des catégories 3, 4, 7, 10 et 11;
- 2 300 000 francs par lit pour les internats et homes destinés à des handicapés majeurs des catégories 1, 2, 5, 6, 8, 9 et 12;
- 900 000 francs par enfant pour les semi-internats destinés à des handicapés mineurs des catégories 3, 4, 7, 10, 11 et 14;
- 1 200 000 francs par enfant pour les semi-internats destinés à des handicapés mineurs des catégories 1, 2, 5, 6, 8, 9 et 12;
- 1 200 000 francs par handicapé pour les semi-internats (centres de jour) destinés à des handicapés majeurs de la catégorie 13;
- 1 300 000 francs par lit pour les homes de court séjour destinés à des handicapés mineurs ou majeurs des catégories 3, 4, 7, 10 et 11 et à des handicapés mineurs de la catégorie 14;
- 1 500 000 francs par lit pour les homes de court séjour destinés à des handicapés mineurs ou majeurs des catégories 1, 2, 5, 6, 8, 9 et 12.

**Art. 4.** L'octroi des subventions est subordonné aux conditions suivantes :

1. l'avant-projet doit être approuvé par l'Exécutif;
2. la demande concernant le projet définitif doit être accompagnée de tous les documents et commentaires utiles, et en tout cas :
  - d'une description des travaux à l'aide des plans qui s'y rapportent;
  - d'un plan de financement détaillé;
  - si le coût décrit à l'article 3, excède 1 000 000 francs, un cahier des charges avec une estimation précise des frais établie par le service de l'urbanisme de la commune ou par un architecte. Au moment de la liquidation de la subvention, il y a lieu d'introduire le procès-verbal de l'ouverture des soumissions (au moins trois soumissionnaires);
  - si le coût décrit à l'article 3 se situe entre 100 000 francs et un million de francs, de trois devis seulement; s'il ne dépasse pas 100 000 francs, un devis suffit;
  - s'il échet, d'une copie du permis de bâtir;
  - de la preuve du titre de propriété ou du bail à ferme de trente-trois ans à partir de la demande, le bailleur devant être une autorité publique;
  - s'il s'agit de l'achat d'un immeuble, d'une estimation du receveur de l'Enregistrement ou du Comité d'Acquisition;
  - du rapport de protection contre l'incendie;
  - pour les associations sans but lucratif, d'une copie des statuts publiés au *Moniteur Belge*.
3. Le demandeur doit s'engager à :
  - respecter les normes prescrites pour les établissements hébergeant des handicapés;
  - assurer de manière constante les immeubles et l'équipement pour leur valeur totale contre les sinistres provoqués par l'incendie, la foudre, les explosions et l'électricité;
  - ne pas modifier l'affectation de l'établissements sans l'autorisation préalable du Ministre communautaire des Affaires sociales;
  - admettre la présence d'un fonctionnaire de l'Administration de la Communauté germanophone en tant qu'observateur lors de l'ouverture des soumissions;
  - rembourser proportionnellement le montant de la subvention éventuellement majoré de la plus-value réalisée en cas d'aliénation de l'immeuble dans les 20 ans après l'octroi de la subvention.

**Art. 5.** Sont abrogés, en ce qui concerne la Communauté germanophone :

1. l'arrêté royal du 4 juin 1969 relatif à l'intervention de l'Etat en matière de subvention aux administrations subordonnées, aux établissements d'utilité publique et aux associations sans but lucratif, pour la construction de homes pour handicapés adultes isolés, pour l'aménagement dans ce but d'établissements existants ainsi que pour leur équipement et leur mobilier d'installation, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 15 avril 1977;
2. l'arrêté royal du 27 avril 1971 déterminant le taux et les conditions d'octroi des subventions allouées par l'Etat pour la construction, l'aménagement, l'agrandissement, la modernisation et l'équipement d'établissements spéciaux pour handicapés mentaux ou physiques, modifié par l'arrêté royal du 15 avril 1977;
3. l'arrêté royal du 3 juin 1971 déterminant le taux et les conditions d'octroi des subventions allouées par l'Etat pour la construction, l'aménagement, l'agrandissement, la modernisation et l'équipement des homes de court séjour pour handicapés mentaux ou physiques;
4. l'arrêté royal du 11 septembre 1974 relatif aux subventions de l'Etat pour l'achat et l'équipement de constructions existantes destinées à servir d'établissements pour des handicapés, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 3 mars 1977;
5. l'arrêté ministériel du 23 janvier 1976 portant fixation du coût maximum pour le calcul des subsides à la construction, l'aménagement et l'équipement de homes de court séjour pour handicapés mentaux ou physiques, modifié par l'arrêté ministériel du 2 juin 1977;
6. l'arrêté ministériel du 23 janvier 1976 portant fixation du coût maximum par lit pour le calcul des subsides à la construction, l'aménagement et l'équipement des homes pour handicapés adultes, modifié par l'arrêté ministériel du 2 juin 1977;
7. l'arrêté ministériel du 23 janvier 1976 portant fixation du prix maximum par lit pour le calcul des subsides à la construction, l'aménagement et l'équipement d'établissements spéciaux pour handicapés mentaux ou physiques, modifié par l'arrêté ministériel du 2 juin 1977;
8. l'arrêté ministériel du 28 avril 1971 fixant le prix maximum à prendre en considération pour l'application de l'arrêté royal du 27 avril 1971 déterminant le taux et les conditions d'octroi des subventions allouées par l'Etat pour la construction, l'aménagement, l'agrandissement, la modernisation et l'équipement l'établissements spéciaux pour handicapés physiques ou mentaux, modifié par l'arrêté ministériel du 15 décembre 1972.

**Art. 6.** Le présent arrêté entre en vigueur le 1er septembre 1988.

**Art. 7.** Le Ministre communautaire de la Jeunesse, de la Formation des Adultes, du Sport et des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 16 novembre 1988.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone,  
Le Président de l'Exécutif,  
J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, de la Formation des Adultes, du Sport et des Affaires sociales,  
M. GROSCH

## VERTALING

## DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 89 — 858

16 NOVEMBER 1988. — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap tot vaststelling van het percentage en de toekenningsvoorwaarden van subsidies aan de gemeenten en verenigingen zonder winstoogmerk voor de aankoop, het bouwen, ombouwen, uitbreiden, inrichten en uitrusten van speciale inrichtingen voor gehandicapten

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op de wet van 27 juni 1956 betreffende het Speciaal Onderstandsfonds, zoals voor het laatst gewijzigd door het koninklijk besluit nr. 81 van 10 november 1967;

Gelet op het koninklijk besluit nr. 81 van 10 november 1967 tot instelling van een Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg voor gehandicapten;

Gelet op het koninklijk besluit van 11 augustus 1967 betreffende de tegemoetkoming van het Speciaal Onderstandsfonds in de opvoeding in een home of in een speciale inrichting die als internaat is opgericht, door de Minister van Volksgezondheid erkend, van behoeftige oligofrenen, van welk leeftijd ook, wier toestand de opname in een psychiatrische inrichting niet vergt;

Gelet op het akkoord van de Voorzitter, bevoegd tot de begroting, gegeven op 16 november 1988;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd door de wet van 9 augustus 1980;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat dringend duidelijke en homogene richtlijnen moeten worden vastgelegd, wat de subsidiëring van inrichtingen voor gehandicapten betreft;

Overwegende dat in de behoefte aan opname- en verzorgingsmogelijkheden in de Duitstalige Gemeenschap zowel voor minderjarige als voor meerderjarige gehandicapten niet volledig is voorzien;

Overwegende dat het voor bepaalde inrichtingen in de Duitstalige Gemeenschap wegens gebrek aan beschikbare plaats niet mogelijk is binnen een redelijke termijn al de minder-validen op te nemen, die rekening houdende met de aard van hun handicap, daartoe gerechtigd zijn;

Op voordracht van de Gemeenschapsminister van Jeugd, Volwassenenvorming, Sport en Sociale Aangelegenheden;

Besluit :

**Artikel 1.** Binnen de perken van de beschikbare begrotingskredieten kan de Executieve toelagen verlenen aan gemeenten en verenigingen zonder winstoogmerk voor de aankoop van onroerende goederen alsmede voor het bouwen, het ombouwen en uitbreiden, het inrichten en uitrusten van de hiernavolgende inrichtingen :

tehuizen, tehuizen voor kort verblijf, internaten, semi-internaten, dagcentra voor gehandicapten wier onderhoudskosten kunnen worden ten laste genomen door het Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg of door het Speciaal Onderstandsfonds.

**Art. 2.** Voor de in artikel 1 bedoelde inrichtingen gelden de infrastructuurnormen bepaald in de hierna vermelde uitvoeringsbesluiten van het koninklijk besluit nr. 81 van 10 november 1967 tot instelling van een Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg voor gehandicapten :

1. het koninklijk besluit van 23 december 1970 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van de inrichtingen, tehuizen en diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten;

2. het koninklijk besluit van 25 januari 1971 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van tehuizen voor kort verblijf ten behoeve van gehandicapten;

3. het koninklijk besluit van 2 juli 1973 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van dagcentra voor meerderjarige niet-werkende gehandicapten.

**Art. 3.** Het percentage van de toelage is vastgesteld op 80 % van de kostprijs van de aanschaffingen, werken en leveringen die in aanmerking te nemen zijn. Naargelang van de inrichting en het aantal bedden of gehandicapten wordt de kostprijs echter beperkt tot de volgende bedragen :

— 1 300 000 F per bed voor internaten bestemd voor minderjarige gehandicapten der categorieën 3, 4, 7, 10, 11 en 14 die bij artikel 3 van het koninklijk besluit nr. 81 van 10 november 1967 zijn voorzien;

— 1 500 000 F per bed voor internaten bestemd voor minderjarige gehandicapten der categorieën 1, 2, 5, 6, 8, 9 en 12;

— 1 500 000 F per bed voor internaten en tehuizen bestemd voor minderjarige gehandicapten der categorieën 3, 4, 7, 10 en 11;

— 2 300 000 F per bed voor internaten en tehuizen bestemd voor meerderjarige gehandicapten der categorieën 1, 2, 5, 6, 8, 9 en 12;

— 900 000 F per kind voor semi-internaten bestemd voor minderjarige gehandicapten der categorieën 3, 4, 7, 10, 11 en 14;

— 1 200 000 F per kind voor semi-internaten bestemd voor minderjarige gehandicapten der categorieën 1, 2, 5, 6, 8, 9 en 12;

— 1 200 000 F per gehandicapte voor semi-internaten (dagcentra) bestemd voor meerderjarige gehandicapten der categorie 13;

— 1 300 000 F per bed voor tehuizen voor kort verblijf bestemd voor minderjarige of meerderjarige gehandicapten der categorieën 3, 4, 7, 10 en 11 en voor minderjarige gehandicapten der categorie 14;

— 1 500 000 F per bed voor tehuizen voor kort verblijf voor minderjarige of meerderjarige gehandicapten der categorieën 1, 2, 5, 6, 8, 9 en 12.

**Art. 4.** De toelagen worden enkel verleend wanneer aan de volgende voorwaarden is voldaan :

1. het voorontwerp moet door de Executieve zijn goedgekeurd;
2. bij de aanvraag betreffende het definitieve project moeten alle nodige documenten en uitleggingen gevoegd worden, en in elk geval :
  - een beschrijving van de werken met de ertoe behorende plannen;
  - een omstandig financieringsplan;
  - indien de in artikel 3 beschreven kosten 1 000 000 F overschrijden, moet een bestek met een nauwkeurige kostenraming van de gemeentelijke stedenbouwdienst of van een architect toegevoegd worden. Bij de betaling van de subsidie moet het proces-verbaal over de opening van de inschrijvingen (ten minste drie inschrijvers) ingediend worden;
  - indien de in artikel 3 beschreven kosten tussen 100 000 F en 1 000 000 F liggen zijn drie kostenramingen voldoende. Voor werken onder 100 000 F is één kostenraming voldoende;
  - zo nodig een afschrift van de bouwvergunning;
  - een bewijs van titel van eigendom of van de pachtovereenkomst met een termijn van drieëndertig jaar vanaf de aanvraag, waarbij de verpachter een overheidsinstantie moet zijn;
  - de schatting van de ontvanger van de registratiedienst of van het aanschaffingscomité bij aankoop van onroerende goederen;
  - het rapport over brandbeveiliging;
  - voor de verenigingen zonder winstoogmerk een afschrift van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten;
3. de aanvrager moet er zich toe verbinden :
  - de normen in acht te nemen die t.o.v. inrichtingen voor gehandicapten voorgeschreven zijn;
  - de gebouwen en hun uitrusting op een onafgebroken wijze voor hun volle waarde te verzekeren tegen brand-, bliksem-, ontploffings- en elektriciteitsgevaar;
  - de bestemming van de inrichting zonder voorafgaande toelating van de Gemeenschapsminister, bevoegd tot de Sociale Aangelegenheden, niet te wijzigen;
  - bij de opening van de inschrijvingen een ambtenaar van de administratie van de Duitstalige Gemeenschap als waarnemer toe te laten;
  - in geval van vervreemding van de bestemming van het gebouw binnen twintig jaar na verlening van de toelage, het bedrag van die toelage evenredig terug te betalen, eventueel vermeerderd met 80 % van de gerealiseerde meerwaarde.

**Art. 5.** Worden opgeheven voor de Duitstalige Gemeenschap :

1. het koninklijk besluit van 4 juni 1969 betreffende de staatsuitsluiting inzake toelagen aan de ondergeschikte besturen, aan de instellingen van openbaar nut en aan de verenigingen zonder winstoogmerk voor het bouwen van tehuizen voor alleenstaande volwassenen gehandicapten, voor aanpassing met dat doel van bestaande inrichtingen alsmede voor hun uitrusting, voor het laatst gewijzigd door het koninklijk besluit van 15 april 1977;
2. het koninklijk besluit van 27 april 1971 tot vaststelling van het percentage en de toekenningsvoorwaarden van de door de Staat verleende subsidies voor het bouwen, inrichten, uitbreiden, moderniseren en uitrusten van speciale inrichtingen voor intellectueel of fysisch gehandicapten, gewijzigd door het koninklijk besluit van 15 april 1977;
3. het koninklijk besluit van 3 juni 1971 tot vaststelling van het percentage en de toekenningsvoorwaarden van de door de Staat verleende subsidies voor het bouwen, inrichten, uitbreiden, moderniseren en uitrusten van tehuizen voor kort verblijf voor mentaal of fysisch gehandicapten;
4. het koninklijk besluit van 11 september 1974 houdende toekenning van staats-toelagen voor de aankoop en het uitrusten van bestaande gebouwen bestemd als inrichting voor gehandicapten, voor het laatst gewijzigd door het koninklijk besluit van 3 maart 1977;
5. het ministerieel besluit van 23 januari 1976 houdende vaststelling van de maximum kostprijs voor het subsidiëren van de bouw, de aanpassing en de uitrusting van tehuizen voor kort verblijf van mentaal of fysisch gehandicapten, gewijzigd door het ministerieel besluit van 2 juni 1977;
6. het ministerieel besluit van 23 januari 1976 houdende vaststelling van de maximumprijs per bed voor het subsidiëren van de bouw, de aanpassing en de uitrusting van tehuizen voor volwassen gehandicapten, gewijzigd door het ministerieel besluit van 2 juni 1977;
7. het ministerieel besluit van 23 januari 1976 houdende vaststelling van de maximumprijs per bed voor het subsidiëren van de bouw, de aanpassing en de uitrusting van speciale inrichtingen voor intellectueel of fysisch gehandicapten, gewijzigd door het ministerieel besluit van 2 juni 1977;
8. het ministerieel besluit van 28 april 1974 tot vaststelling van de maximumprijs, die in aanmerking dient genomen voor de toepassing van het koninklijk besluit van 27 april 1971 tot vaststelling van het percentage en de toekenningsvoorwaarden van de door de Staat verleende subsidies voor het bouwen, inrichten, uitbreiden, moderniseren en uitrusten van speciale inrichtingen voor intellectueel of fysisch gehandicapten, gewijzigd door het ministerieel besluit van 15 december 1972.

**Art. 6.** Dit besluit treedt in werking op 1 september 1988.

**Art. 7.** De Gemeenschapsminister van Jeugd, Volwassenenvorming, Sport en Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 16 november 1988.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Voorzitter van de Executieve,  
J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Volwassenenvorming, Sport en Sociale Aangelegenheden,  
M. GROSCH